

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. September 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 104

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Wochenchau:** Die fünfte Kriegswoche; Der Beschäftigungsgrad im Buchdruckgewerbe; Opferwillige Prinzipale und andre; Die Aufnahme der Beschäfte der Gavourfseherkonferenz; Unterstüßung der Familien der zum Heer Einberufenen.  
**Artikel:** Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1913, II. — Die Wohnung in ihrem Einfluß auf Krankheit und Sterblichkeit.  
**Korrespondenzen:** Vorimund. — Sagen I. W. — Köln. — Rheinland-Westfalen.  
**Wandschau:** Vorbildliche Unternehmer! — Perlen und Blüten von Buchdruckern im Kriege. — Konkurs. — Kriegsgefahr und Volksfürsorge. — Städtische Arbeitsunterstützung für die Arbeitslosen in Frankfurt a. M. — Städtische Sozialpolitik und Krankenversicherung. — Frische Nahrungsmittelverwendung.

### Wochenchau

Die fünfte Kriegswoche stand zunächst unter dem Eindruck des Seewarpostengefechtes bei Selgoland, bei dem Deutschland einige kleine Kreuzer verlor, die Engländer aber trotz ihrer Übermacht sich nachher unter schwerer Beschädigung eines Teiles ihrer Schiffe zurückzogen. Als dann der große Sieg der Deutschen in Ostpreußen in der Schlacht von Tannenberg mit der Gefangennahme von über 90 000 Russen voll in die Erscheinung trat, war das schmerzliche Empfinden über den Ausfall des ersten Seekampfes wieder überwunden. In Frankreich reifte sich unterdessen Sieg an Sieg. Zwischen Reims und Verdun wurden zehn französische Armeekorps zurückgeworfen. Die Sperrbefestigungen im nördlichen Frankreich wurden sämtlich von den Deutschen genommen, dazu einige Festungen. Die Reste der englischen Armee konnten vollends aufgegeben werden. Am Ende der Woche kam die Meldung, daß Reims ohne Kampf besetzt sei. Die französische Regierung verlegte ihren Sitz nach Erlas zweier phrasenhafter Proklamationen nach dem sicheren Bordeaux. Deutsche Kavallerie streifte bereits bis vor Paris. In Belgien wird um Antwerpen gekämpft, einige Ausfälle aus dieser starken Festung konnten zurückgeschlagen werden. Der Frankfurterkrieg in diesem Lande dauert fort, die Unverletzbarkeit Löwen fiel ihm zum Opfer. Es wurde amtlich festgestellt, daß nirgends ein Mißerfolg der Deutschen zu verzeichnen ist. Die Zahl der Gefangenen dürfte mit 150 000 noch zu gering veranschlagt sein. Die Riesenschlachten im Westen und in Ostpreußen werden aber noch überboten durch die Millionen Schlacht bei Lemberg, die am Schluß der Woche bereits zehn Tage in einer noch nie dagewesenen Ausdehnung tobte. Die Österreicher kämpften gegen eine bedeutende Übermacht der Russen, denen sie sehr schwere Verluste beibrachten, obwohl erst von österreichischen Zeitungen die Rede sein konnte. England diktiert auch jetzt noch. Es will den Krieg offenbar in die Länge ziehen. Frankreich dürfte am ehesten der Atem dabei ausgehen, während Rußland, wenn man allein sein unerschöpfliches Menschenmaterial in Betracht ziehen wollte, wohl besser in der Lage sein würde, auszuhalten. Hoffentlich wird die Spekulation Englands aber doch zu nichts. Wir brauchen rasche Siege und baldigen Frieden!

Der Beschäftigungsgrad im Buchdruckgewerbe hat sich noch nicht oder nur ganz wenig gebessert. Die Fälle letzterer Art sind aber vereinzelt. Die Zeitungen erscheinen zwar in etwas erweiterterem Umfange, der Infanten teil beginnt sich bescheiden auszudehnen, jedoch auf die Wiedereinstellung bzw. die Wiedervollbeschäftigung hat das nur erst geringen Einfluß gehabt. Die Zeitungsdruckereien sind überdies zu einem Teile so vernünftig gewesen, ihre Personale nicht allzulehr zu dezimieren. Das von zwei sozialdemokratischen Blättern, die allerdings bisher schon in einem Betriebe hergestellt wurden, gegebene Beispiel der völligen gefühligen Übereinstimmung und dadurch erzielter Personalverringering ist gewiß nicht zur Nachahmung zu empfehlen; am wenigsten durch die gegebene Begründung, daß „viele der besten Arbeitskräfte“ eingezogen seien und infolgedessen der Druckereibetrieb nicht in dem bisherigen Umfange weiterbetrieben werden könne. Das ist für das verbliebene Personal wenig schmeichelt, im übrigen aber

nicht stichhaltig, denn es liegen jetzt sogar viele der allerbesten Arbeitskräfte brach, um bei dieser sonderbaren Ausdrucksweise zu verbleiben.

Die geschäftliche Signatur ist also noch schlechtl. Wie es in den andern Industrien und Gewerben aussieht, soll in der nächsten Wochenchau eingehender geschildert und auch die Bestrebungen erörtert werden, die geeignet sind oder doch bestimmt sein sollen, das deutsche Wirtschaftsleben sich einigermaßen befriedigend bewegen zu lassen. Das Buchdruckgewerbe muß davon ja auch profitieren. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Zustände in Deutschland, trotzdem die Arbeitslosigkeit sehr groß ist, um ein ganz Teil besser sind als in allen andern kriegsführenden Staaten.

Wir glauben für diese Wochenübersicht schon einen Nachrichtendienst in Funktion treten lassen zu können, von dem wir annehmen, daß die dadurch vermittelten Angaben das von der Gavourfseherkonferenz verfolgte Ziel schneller zu erreichen geeignet sind. Mit den Vorständen einer ganzen Reihe von größeren Mitgliebschaften in allen Richtungen sind wir zu diesem Zweck in Verbindung getreten. Die Mitteilungen wurden bis zum Freitag voriger Woche erbeten, aber bei Abschluß dieser Nummer am Sonnabendmittag war aus so wenigen Orten erst Material eingegangen, daß damit nichts angefangen werden kann. Zweifellos ist den jetzigen eingeschränkten Postverbindungen nicht Rechnung getragen worden, denn die erbetenen Angaben selbst dürften, da sie sich auf den Stand der vorhergehenden Woche beziehen sollen, im allgemeinen keine besonderen Schwierigkeiten bereiten. Wir werden das verspätet eingegangene Material nun mit den Angaben über die zweite Woche verbinden, so daß bei der ersten Veröffentlichung auch logische Vergleiche gezogen werden können. Wir bitten aber sehr darum, uns bis zum Freitag einer jeden Woche die erbetenen Mitteilungen zu machen.

Aus den bis jetzt vorliegenden erstmaligen Angaben müssen wir leider erleben, daß die An- und Abmeldungen mangelhaft erfolgen. Ist das schon zu gewöhnlicher Zeit eine tadelswerte Nachlässigkeit, so wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Verwaltungsverwaltung dadurch noch mehr erschwert. Jeder Arbeitslose (also auch der Ausgelteuerte und der Nichtbezugsberechtigte) hat sich unbedingt sofort auf der Verwallung bzw. bei dem Ortskassierer zu melden. Für die wechselseitig Arbeitenden wird wohl vielfach eine andre Form der Feststellung angeordnet sein, auch dieser muß prompt Genüge getan werden.

Hätte man auf der Gavourfseherkonferenz bereits Gelesenheit, manderlei — um nicht zu sagen vielerlei — Unersreuliches darüber zu hören, in welchem Umfange sofort Entlassungen in Großdruckereien und namentlich in den Druckzentren vorgenommen wurden, welche Anstalten gestiftet worden sind und welche eigenartigen Beschäftigungsmethoden Platz greifen sollten, so ist durch eine ganze Anzahl von Zuschriften an uns dieses nicht anziehende Bild noch erweitert worden. Wir haben den Eindruck gewonnen, daß die Entlassungen nicht immer in dem Umfange, wie gewünscht, zu erfolgen brauchen. Es kann und soll gewiß nicht Unmögliches in solch schwerer Zeit von den Prinzipalen verlangt werden, aber mit der Arbeit war es doch nicht in allen Fällen wie auf Kommando vorbei. Wäre man mehr den Intentionen des Tarifamtes gefolgt, dessen Aufruf die „Soziale Praxis“ eine leuchtende Urkunde der Sozialpolitik des Krieges“ nennt, dann hätte nicht so viel Unmut in der betroffenen Gesellschaft entstehen können. Würde die vom Vorsitzenden des Kreises V des Deutschen Buchdruckervereins ergangene Mahnung, „Aufräumungs-, Instandhaltungs- und Vorbereitungsarbeiten zu erledigen, welche im Orange der hastenden Geschäfte vernachlässigt sind“, wenigstens jetzt Beachtung finden, dann könnte noch manches wieder gutgemacht werden. Denn es ist leider Tatsache, daß durchaus kapitalkräftige Firmen sich ihrer Personale mit einer Schnelligkeit entledigten, als gelte es, eine unangenehme Gesellschaft loszuwerden. Mit den schönen Worten der führenden Prinzipale in München und Stuttgart, die es als Pflicht bezeichneten, „den Arbeitern,

die in friedlichen Zeiten mit uns am Werke waren, auch in dieser Stunde der Gefahr und Not nach Möglichkeit beizustehen“, ist von dem Geschehenen so manches gar nicht in Einklang zu bringen.

Nun schon so viele große Schlachten für Deutschland siegreich verlaufen, dürfte der Zeitpunkt gekommen sein, daß für mehr Beschäftigungsgelegenheit gesorgt wird, wo es sich nur irgend machen läßt. Die Gehilfenschaft erleichtert das durch die Bereitwilligkeit zu wechselseitigem Arbeiten. Hoffentlich können wir bald berichten, daß diese Scharte ausgeweht wird und die guten Beispiele der vorbildlich handelnden Prinzipale mehr Nachahmung finden.

Opferwillige Prinzipale namentlich aufzuführen, ist uns stets eine Freude. Seit dem Kriegsbeginn konnte im „Korr.“ manch schöner und mitunter sogar erstaunlicher Akt sozialer Vorbildlichkeit registriert werden. Bis zum Abschluß dieser Nummer, also am Ende der fünften Kriegswoche, verzeichnen wir 114 Firmen (außer einigen nicht mitgezählten Schnellpressen- und Sehmachmaschinenfabriken), die ihre in das Feld gezogenen Angestellten mit einer Kriegsangelegenheit oder deren Familien mit einer selbstverständlich ebenso dankend anerkannten Beihilfe zum Unterhalt erfreuten. Die „Zeitschrift“ brachte darüber am 1. September eine recht übersichtliche Zusammenstellung, die sich augenscheinlich auf die Veröffentlichungen im „Korr.“ zuwörderst stützt. Das Prinzipalsorgan äußert Genugtuung über solche Fürsorgebeweise. Wir wissen wohl, daß eine Reihe ebenso sozialverständig handelnder Prinzipale nicht öffentlich genannt sein will, bezweifeln jedoch die Richtigkeit der von der „Zeitschrift“ vertretenen Meinung, daß dies die weit- aus größte Mehrzahl ist.

Die Art der Bewilligungen ist sehr mannigfaltig. Die abrückenden Krieger erhielten teils die Einziehungswoche vollbezahlt, in einer Reihe von Fällen einen Extrawochenlohn (vereinzelt auch noch ein Zehrgeld dazu), einige Male doppelten Wochenlohn, dann wieder Beträge von 10, 20, 25, 30 und 50 Mk. ausgezahlt (zwischen Verheirateten und Ledigen meistens unterscheidend), von einer Firma wurde der vierfache Wochenlohn gewährt, eine andere bezahlte bis zum 1. September den vollen Lohn weiter, und zwei Firmen gewähren Gehalt oder Lohn überhaupt unbefristet fort. Die Unterstützung der Familien beginnt mit 2 Mk. wöchentlich für die Frau und 50 Pf. für jedes Kind. Die Unterstützung für Kinder steigt bis zu 3,50 Mk. wöchentlich, in einem Falle bis zu 6 Mk., hier erhält aber die Frau nichts. Bei alleinstehenden Frauen geht die Unterstützung bis zu einem Drittel des von dem Manne bezogenen Lohnes hinauf. Verhältnismäßig häufig sind die Fälle, daß den Frauen 10 Mk. wöchentlich gewährt werden, dazu meistens einen Kinderbeitrag. Dann folgen Sätze von 12, 15, 16 und 18 Mk., zum Teil mit Zuschlägen für Kinder. Gesamtfamilienunterstützung ohne Rücksicht auf die Zahl der Kinder wird in Beträgen von 5, 6, 10, 12, 15, 18 und 20 Mk. wöchentlich gewährt; 6 und 10 Mk. kommen am häufigsten vor. In fünf Fällen wird die Hälfte des Lohnes als Familienunterstützung bezahlt, bis zu ein und zwei Dritteln in drei, bis zum vollen Gehalt oder Lohn in einem Falle. Monatliche Familienunterstützungen sind in Beträgen von 12, 20, 25, 30 und 32 Mk. zu verzeichnen, zum Teil kommen noch Kinderbeihilfen hinzu. In drei Fällen wird an durch den Krieg arbeitslos gewordene Beschäftigte eine wöchentliche Unterstützung von 3, 5, 6 und 8 Mk. bezahlt. Sechs Firmen entrichten die Ortskrankenkassenbeiträge für die Eingezogenen weiter. Das ist gewiß ein interessanter Umstand. Man kann zu einem nicht unbeträchtlichen Teile große und außerordentliche Leistungen konstatieren, im allgemeinen aber das ehrliebe Bemühen, nach Kräften zu helfen. Das ist anzuerkennen und wird auch von der Gehilfenschaft gern anerkannt.

Die Vorbildlichkeit einer im Gesamtrahmen dennoch nicht groß zu nennenden Zahl von Prinzipalen erfordert aber, daß man sich auch das Verhalten der andern betrachte. Ohne weiteres ist zuzugeben, daß viele Druckereihinhaber ihren Gehilfen oder Angestellten bei bestem Willen kein

Entgegenkommen zeigen konnten. Der plötzliche Ausbruch des Krieges mit seiner Hemmung des Geldverkehrs auf einen Ruch hat auch dazu beigetragen. Auffällig ist und bleibt aber doch, daß die Großdruckereien, und die in den Druckzentren wieder im besondern, in der Liste der bewilligten Druckereien nicht in dem Maße vertreten sind, wie man es so gern gesehen hätte. Auch die Prinzipale werden, wenn sie die Zusammenstellung der „Zeitschrift“ durchgehen, das Empfinden haben, daß in den Wochen, in denen das Wort Liebesgaben dominierte und die Fürsorge für die zurückgebliebenen Familien die Öffentlichkeit stark beschäftigte, im Buchdruckgewerbe der Widerball davon sich doch recht wenig zu unterrichten ließ. Mit den größeren Druckereien in den Residenz- und den Provinzialhauptstädten mag es schließlich noch gehen, aber die Druckzentren Berlin und Leipzig üben die Tugend der Bescheidenheit zu sehr am falschen Orte. Es gibt in Berlin 661 karistreuse Firmen, in Leipzig 253, von Berlin sind (auf „Zeitschrift“) aber nur 9, in Leipzig nur 7 Druckereien aufgeführt, deren Inhaber der Einberufenen oder deren Familien gedachten. Tatsächlich werden es ja mehr sein; aber wir sind auch über die Nicht-genannt-sein-wollenden hinsichtlich informiert und wissen daher, daß es ihrer nur wenige sind. Andererseits ist aber landauf, landab bekannt, daß Berlin und Leipzig viel große und gutausgestattete Druckereien aufzuweisen haben. Ihr Fehlen frapptert im ersten Moment. Wenn man sich aber dann erinnert, daß es mit der Gewährung von Ferien namentlich in Leipzig ebenso ausreicht, dann wird man eine Folgerichtigkeit gewahrt, die zu jedem keinerlei Anlaß besteht.

Ob den Inhabern dieser nicht so wenigen Großdruckereien immer bewußt ist, wie ihre Firmen von denen abstehen, deren Verhalten die „Zeitschrift“ in ganz berechtigter Weise lobt und denen wir ebenso gern unsere Anerkennung zollen, wir vermögen es nicht zu glauben. Vielfach sind die leitenden Personen dafür verantwortlich zu machen. Sie besitzen in sozialer Hinsicht oft keine Intuition, obwohl es ihnen in geschäftlicher oder Machtpolitik wahrlich nicht fehlt. „Es kostet zu viel“ ist ihre stereotypische Redensart, wenngleich die mittleren und kleinen Firmen prägnantlich sich noch mehr belassen durch solche außerordentlichen Bewilligungen wie gegenwärtig. Das Gebende, Große, Gewaltige dieser Zeit verliert seinen sonst alles bewingenden Einbruch in dem Augenblicke, wo sie zu rechnen anfangen. Dieses mechanische Fühlen und Denken auf der einen, der menschlichen Seite, hat es wohl auch fertig gebracht, daß in vielen der gedachten Betriebe die für Deutschlands Ertrinken in den größten aller Kriege lebenden Beihilfen nur den bis auf die Stunde verbliebenen Lohn erhielten, daß ihnen bisweilen sogar noch kleine Abzüge gemacht wurden, und daß sie von den oft lange Jahre innegehabten Arbeitsplätzen gehen mußten, wie sie Tag für Tag aus der Druckerei gingen. Die Zurückbleibenden aber bekamen so manches Mal Auerungen über die Kassen des Verbandes zu hören, die ihnen vollends die Gemüthsruhe brachten, daß alles nicht von ungefähr kommt. Dann dann Vorgänge, wie wir sie in dem den Beschäftigtengrab in unserm Gewerbe behandelnden Abschnitt erwähnten. Indes wollen wir die Geschäftsleitungen nicht über Gebühr verantwortlich machen. Die betreffenden Prinzipale selbst können mehrfach getrotzt ihren Anteil daran beanspruchen, auch sind es in den Druckzentren nicht nur Großdruckereien, die sich solchermaßen ins Gebrede bringen.

Wenn die „Zeitschrift“ hofft, in einer zweiten Folge recht bald von mehr Druckereien über Bewilligungen berichten zu können, so schließen wir uns dem nur an, und zwar nicht nur hinsichtlich der Druckzentren; verschiedene Großstädte haben noch ganz, andre sind nur erst schwach vertreten. Uns würde es wirklich mehr Freude machen, das Bild rühmlicher sozialer Vorbilder ungetrübt zu erhalten, aber wie die Dinge liegen, erfordert die Gerechtigkeit, daß der Rehrseite der Medaille ebenfalls Beachtung geschenkt wird.

Die Ausnahme der Beschlüsse der Gausvorsteherkonferenz ist in den bisher stattgehabten Versammlungen eine recht verständnisvolle gewesen. Vor allen Dingen muß Berlin genannt werden. Die dort in der zweiten Wochenhälfte abgehaltene Generalversammlung nahm einen so würdigen Verlauf, daß dieses gute Beispiel der Berliner Kollegenchaft in einer nicht nur für den Verband, sondern für alle Gewerkschaften schweren Krisis überall im Reiche vorbildlich wirken mußte. Die Arbeit und Beschlüsse der Gausvorsteherkonferenz mit ihrer unire Organisation auch über den Krieg hinaus leistungsfähig erhaltenden Tendenz fanden ebenso die volle Billigung der Versammlung wie die besonderen Maßnahmen und Vorschläge des Gausvorstandes. Aus Breslau war allseitige Zustimmung der Versammlung schon in voriger Nummer zu lesen. In Frankfurt a. M. erklärten sich alle Redner mit den Beschlüssen der Gausvorsteherkonferenz einverstanden. Aus Hannover kommt die Nachricht, daß die Versammlung vollstes Verständnis zeigte. In der Münchner zeigte sich keinerlei Widerspruch; Einstimmigkeit in der gebieterischen Notwendigkeiten wäre also auch hier zu konstatieren. Sämtliche Versammlungen wiesen sehr guten Besuch auf. Eine Bezirksvorsteherkonferenz des west-

zweigten Gaus Rheinland-Westfalen erklärte sich ebenfalls mit den die Zukunft des Verbandes sichernden Anordnungen für die Kriegszeit einverstanden. Die Konferenz der Bezirksvorsteher des Gaus Osterrand-Ehringen bejehmete die Beschlüsse der Gausvorsteherkonferenz als eine glückliche Lösung. Hoffentlich kann in nächster Woche über noch mehr Zusammungen berichtet werden, die Zeit war noch zu kurz. Aber auch ohne diese mühte es jedem Kollegen, für den das Wort einsichtig noch in seiner richtigen Eigenschaft Geltung hat, einleuchten, daß selbst einer gut fundierten Gewerkschaft durch einen Völkerrkrieg Grenzen gezogen werden. Die andern aber, die die Ruhe des Denkens nicht haben oder nicht zu bewahren vermögen, die an der Wahrheit der Dinge vorbeigehen, sie sollten ihren Vorstand einmal befragen, wieviel Millionen von dem Verbandesvermögen durch einen früheren Generalversammlungsbeschluss für die Invaliden unbedingt gesichert bleiben müssen, und welcher Millionenbetrag noch ausgeschafft wird, indem die Reichsbank Wertpapiere nur bis 60 Proz. des Kurswertes beleiht, der ein ganz andrer ist als der nominelle Wert, und obendrein erhöhte Zinsen nimmt. Sie müssen auch an unsre große Ehrenpflicht denken, für die Tausende der aus dem Felde zurückkehrenden Mitglieder zu sorgen. Es ist da mit der manchmal zu hörenden Redensart, daß man so lange Jahre gezahlt hat, ohne die Kassen in Anspruch zu nehmen, nichts anzufangen, denn die Zahl der Mitglieder, die weit über das Eingezahlte wieder herausbekommen haben, ist wirklich nicht gering. Die eingetretene Kürzung bei der Arbeitslosenunterstützung wird in dem Maße in ihren Wirkungen ausgeglichen werden, als die Erreichung des hauptsächlich von der Gausvorsteherkonferenz verfolgten Ziels gelingt: das Meer der Arbeitslosen zu verringern. Die Beschäftigungsmöglichkeit wird sich nach den vielen erfolgreichen Schlachten vergrößern, und wenn sie durch vorherband wechselseitiges Arbeiten nur besser verteilt werden kann, so ist durch die von der Gausvorsteherkonferenz beschlossene Unterstützung für die auszufestende Zeit gewiß schon merklich gehoben. Was unser Verband unter diesen ungewöhnlich schwierigen Verhältnissen leistet, erhebt am besten, wenn ein Vergleich mit Osterrand gezogen wird, wo die Arbeitslosen- und die Krankenunterstützung von Verbandes wegen seit dem 15. August eingestellt ist, nachdem die Reiseunterstützung schon zu Anfang August kiffiert worden war. Es muß auch immer wieder darauf verwiesen werden, in welchem Umfang in fast allen andern deutschen Gewerkschaften die Unterstützungen eingeschränkt worden sind. Der in Nr. 97 des „Aorr.“ darüber erschienene Artikel ist wohl geeignet, irrige Anschauungen in die richtige Erkenntnis der eifernen Notwendigkeiten umzukorrigieren.

Über die Unterstützung für die Familien der zum Meer Einberufenen aus britischen Mitteln ist in einer Reihe von Mitteilungsblättern Bericht gefaßt und uns Mitteilung gemacht worden. Da die Regelung dieser Angelegenheit den Gauen, Bezirken und Ortsvereinen überlassen bleibt, kann hier naturgemäß von Einseitigkeit keine Rede sein. Immerhin sollten die in dem Vorstandeszirkular vom 28. August im vorletzten Absatz gegebenen Direktiven der Verbandesleitung möglichste Beachtung finden. Der Gau Osterrand-Ehringen hat eine sehr gute Regelung getroffen. Im Gau Bayern wird außer den von den Mitteilungsblättern zu treffenden Maßnahmen noch ein freiwilliger Hilfsfonds errichtet.

Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß die Kommunalverwaltungen nicht durchweg die von den Gewerkschaften gewährte Familienunterstützung bei der künftigen Kriegsunterstützung in Anrechnung bringen. In Mainz z. B. hat die Stadt zunächst den Betrag der von der „Anpographia“ an die Angehörigen der Kriegsteilnehmer gewährten Unterstützung von der selbstgezählten in Abzug gebracht, dann aber ist die gewerkschaftliche Familienunterstützung für nicht abzugsfähig erklärt worden. Die meisten Gemeinden werden jedoch auf ihrem Standpunkte beharren, d. h. eine eventuelle laufende Unterstützung der Gewerkschaften in Anrechnung bringen, und gerade auf die größeren Verbände wird sich da das Augenmerk richten. Wir bitten daher diese Form der sonst gewiß begrüßenswerten Hilfsbereitschaft nicht für empfehlenswert. Auf jeden Fall würde es genügen, wenn die uns zugehenden Mitteilungen nur besagen, daß die Kollegen aus lokalen Mitteln oder mittels einer britischen Steuer es sich angelegen sein lassen, für die Familien der Eingezogenen angemessen zu sorgen. Wir werden vorliegenden Berichte entsprechend abändern.

Der Holzarbeiterverband, der mit der Familienunterstützung den Anfang gemacht hat, steht bereits in der vorletzten Nummer seines Organs erklären:

Es kann deshalb auch gar kein Zweifel bestehen, daß die Verbandesunterstützung ganz in Wegfall kommt in denjenigen Städten, die aus kommunalen Mitteln einen erheblichen Zuschuß zu der staatlichen Familienunterstützung zahlen und bei der Berechnung dieses Zuschusses die Verbandesunterstützung in Abzug bringen, so daß die Angehörigen der einberufenen Mitglieder von unsrer Unterstützung gar keinen Vorteil haben würden. In allen diesen Fällen werden es die Frauen der einberufenen Mitglieder selbst nur wünschen können, daß der Verband

mit seinen ohnedies sehr beschränkten Mitteln zurückhält, um die zehntausende arbeitsloser Mitglieder und deren Familien, für welche aus öffentlichen Mitteln bisher leider noch gar nichts getan wird, desto länger unterstützen zu können.

Es wird noch betont, daß es sich lediglich um eine Nothilfe durchaus freiwilliger Natur handelt. So sollte es auch bei uns mit den Beihilfen aus lokalen Mitteln gehandhabt werden. Nach dem Kriege kann ja dann Vorkommnisse erfolgen, was für die Frauen und Kinder, deren Zahl bei dem Eingreifen mit britischen oder Gaumitteln besonders Berücksichtigung finden müßte, geschehen ist.

Bemerkenswert ist, daß auch den christlichen Gewerkschaften Bedenken über die Durchführbarkeit der Familienunterstützung kommen. Das „Zentralblatt“ schreibt in seiner letzten Nummer darüber:

Weiter erscheint es fraglich, ob die wenigen gewerkschaftlichen Verbände, die eine regelmäßige Beihilfe an die Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer in Aussicht genommen haben, diese für längere Zeit gewähren können. Wenn noch größere Bestände des Landsturmtes zu den Waffen gerufen werden, dann stehen zu viele Mitglieder im Kriegsdienst, als daß die gewerkschaftlichen Mittel zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen ausreichend wären.

## Die deutschen Gewerkschaften

□ □ □ □ □ im Jahre 1913 □ □ □ □ □

### II.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die ungünstige wirtschaftliche Lage des Jahres 1913 auch die Finanzen der Zentralverbände erheblich beeinflusst. Die Einnahmen blieben jedoch hiervon unberührt, aber es schnellten die Ausgaben der Verbände stark in die Höhe. Diese Steigerung ist zum erheblichsten Teil auf das Konto der vermehrten Ausgaben für Unterstützungen zu setzen.

In der Höhe der Beitragsleistung hat sich gegen das Vorjahr wenig geändert. Soweit wie Verschiebungen in den Beitragsklassen eingetreten sind, erfolgten sie in aufsteigender Richtung.

Die Gesamteinnahme der Zentralverbände betrug im Jahre 1913 82 005 580 Mk. 1912 wurden dagegen insgesamt 80 233 575 Mk. vereinnahmt, so daß gegenüber dem Vorjahre die Einnahme sich um 1 772 005 Mk. erhöhte. Es wurde vereinnahmt an Eintrittsgeldern 351 251 Mk., Verbandsbeiträgen 66 267 542 Mk., britischen Beiträgen 9 772 868 Mk., Ortsbeiträgen 43 025 Mk., Streikbeiträgen in Auslandsorten 162 047 Mk., Zinsen 2 437 929 Mk. Die sonstigen Einnahmen betragen 2 970 918 Mk. Die Einnahme an Eintrittsgeldern ist um 118 806 Mk. geringer als 1912. Diese Mindereinnahme ist ein Zeichen dafür, daß durch die Wirtschaftskrise die Werbekraft der Gewerkschaften stark beeinträchtigt wurde. Die Einnahme an Verbandsbeiträgen ist dagegen um 1 735 491 Mk. gestiegen.

Die Gesamtausgaben der Zentralverbände sind, wie schon erwähnt wurde, gegenüber dem Vorjahr außerordentlich stark gestiegen. Es wurden verausgabt 1912 61 105 675 Mk. 1913 dagegen 74 904 982 Mk. Das ist eine Steigerung der Ausgaben um 13 799 287 Mk. In keinem der früheren Berichtsjahre ist eine gleich starke Vermehrung der Ausgaben zu verzeichnen. Unnähmend drohende Steigerungen erfolgten zwar auch in den Jahren 1906 und 1910 mit 11,9 und 11,6 Millionen Mark, doch kommt für beide Jahre auch eine gleichzeitige erhebliche Vermehrung der Mitglieder in Betracht. Außerdem entfiel im Jahre 1910 die Medrausgabe ausschließlich auf die in diesem Jahre stattgefundenen umfangreicheren wirtschaftlichen Kämpfe (Bauarbeiterkampf). Beide Momente fallen für 1913 fort. Es kommen von den Gesamtausgaben auf die einzelnen Posten folgende Summen:

	Verbände	Mk.
Reiseunterstützung . . . . .	33	1 506 247
Umzugsunterstützung . . . . .	34	431 127
Arbeitslosenunterstützung . . . . .	42	11 532 930
Arbeitsunfähigen = (Kranken-) Unterstützung . . . . .	45	13 511 831
Invalidenunterstützung . . . . .	8	559 766
Beihilfe in Sterbefällen . . . . .	45	1 283 257
Beihilfe in Notfällen . . . . .	36	1 018 612
Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen im Beruf . . . . .	45	16 079 254
Streiks in andern Berufen und im Ausland . . . . .	48	525 502
Rechtschutz . . . . .	46	407 046
Gemahregeltenunterstützung . . . . .	38	937 461
Verbandsorgan . . . . .	47	2 802 382
Bibliothek . . . . .	36	324 299
Unterichtskurse . . . . .	25	85 773
Stattlichkeiten . . . . .	16	147 583
Agitation . . . . .	45	3 224 304
Druckschriften, Broschüren usw. . . . .	42	694 311
Stellenvermittlung . . . . .	20	141 334
Konferenzen und Generalversammlungen . . . . .	46	770 971
Sonstige Zwecke . . . . .	47	3 202 018
Beitrag an die Generalkommission . . . . .	47	440 008
Beitrag zu internat. Verbindungen . . . . .	30	88 431
Beitrag an Kartelle und Sekretariate . . . . .	42	1 549 001
Projekthoffen . . . . .	15	53 156
Verwaltungskosten (der Hauptklasse) verbündete . . . . .	47	1 306 073
Verwaltungsmaterial . . . . .	47	873 773
Verwaltungskosten der Zahlstellen und Gawe . . . . .	47	11 408 512

Von 47 793 033 Mk., die für Unterfütigungen verausgabt wurden, kommen 16 604 756 Mk. auf die Fütigung wirtschaftlicher Bewegungen und Kämpfe. Hierfür beträgt die Mehrausgabe 3 858 100 Mk. Sie ist besonders zurückzuführen auf die umfangreicheren Kämpfe der Holzarbeiter, Maler, Metallarbeiter und Transportarbeiter. Die Ausgabe für die übrigen Unterfütigungen liegt jedoch gegen das Vorjahr um 6 740 521 Mk.

Es wurden gezahlt:

	1913	1912	gegen 1912
	Mk.	Mk.	mehr
Reiseunterfütigung . . .	1 506 247	1 179 102	327 145
Arbeitslosenunterfütigung	11 532 930	7 741 240	3 791 690
Krankenunterfütigung . .	13 511 831	11 436 326	2 075 505
Moskallunterfütigung . .	1 018 612	515 846	502 766
Sonstige Unterfütigungen	3 618 657	3 575 242	43 415
Zusammen	31 188 277	24 447 756	6 740 521

Die stärkste Steigerung der Ausgaben trat bei der Arbeitslosenunterfütigung mit 3 791 690 Mk. ein. Dazu kommt noch die um 327 145 Mk. erfolgte Vermehrung der Reiseunterfütigung. Auch die Ausgaben für Kranken- und Moskallunterfütigung sind außerordentlich gestiegen. Die auf jedes Mitglied entfallenden Durchschnittssätze an Ausgaben für Unterfütigung überragen 1913 noch die des Krisenjahres 1908. Es betrug die Ausgabe für Unterfütigungen pro Kopf der Mitglieder 1908 11,71, 1912 9,66 und 1913 12,23 Mk. Gegen das Vorjahr wuchs die Ausgabe um 2,57 Mk.

Die vorstehenden Vergleiche lassen deutlich die hohen Anforderungen erkennen, die das Jahr 1913 an die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften stellte. Dank ihrer gefunden Finanzlage zeigten sich ihre Zentralverbände diesen hohen Anforderungen durchaus gewachsen. Trotz der gewaltig gestiegenen Mehrausgaben, denen nur eine geringe Mehreinnahme gegenüberstand, war es noch möglich, den Vermögensbestand der gesamten Verbände von 80 797 786 Mark auf 88 069 295 Mk. zu erhöhen.

Wie sich die Leistungsfähigkeit der Zentralverbände im Laufe der Jahre entwickelt hat, tritt recht deutlich vor Augen durch einen Vergleich der Einnahmen, Ausgaben und des Vermögensbestandes pro Kopf der Mitglieder in den einzelnen Jahren.

Es betragen:

	Einnahmen	ausgaben	Kassenvermögen
	pro Kopf der Mitglieder berechnet in Mk.		
1891 . . .	6,68	9,62	2,56
1895 . . .	11,53	9,86	6,96
1900 . . .	13,89	11,89	11,38
1905 . . .	20,68	18,61	14,60
1910 . . .	31,91	28,71	26,06
1912 . . .	31,71	24,15	31,93
1913 . . .	32,17	29,39	34,55

Die Tendenz der Entwicklung ist eine ständige Aufwärtsbewegung der Leistungsfähigkeit der Zentralverbände, die im Jahre 1913 zum höchsten Ausdruck kommt.

## Die Wohnung in ihrem Einfluß auf Krankheit und Sterblichkeit

Im Sammelwerke „Krankheit und soziale Lage“ erörtert eingehend der Professor der Hygiene, Bernicke (Pohl), die wichtige und interessante Frage des Einflusses der Wohnung auf Krankheit und Sterblichkeit.

Der Verfasser gibt zuerst einen kurzen Überblick über die Wohnungshygiene im allgemeinen. Welche hygienische Forderungen sind an eine Wohnung zu stellen? „Unsre Wohnung“, sagt Professor Bernicke, „soll in erster Linie ein künstliches, angenehmes, gleichmäßiges Klima schaffen, das uns schützt vor den Anbliden der Kälte, vor Frost und Hitze, Sturm und Regen, Trockenheit und Nässe, Staub, Rauch und Geruch. In unsrer Wohnung sollen aber auch die wichtigsten hygienischen Faktoren, gute Luft und reichliches Licht, neben angenehmer Wärme vorhanden sein. . . . Dem modernen Menschen soll das Haus die richtige und leichte Möglichkeit der zahllosen Beschäftigungsarten gewähren und nach der Arbeit Ruhe, Behaglichkeit und Zweckmäßigkeit für die Bereitung der Speisen, für das Wohnen und Schlafen. . . . Nur unter solcher Voraussetzung kann eine Erziehung zu körperlich und moralisch tüchtigen Menschen erfolgen, kann der Familienstamm sich entwickeln und damit den drei größten Übeln der Gegenwart, dem Alkoholismus, der Tuberkulose und der Syphilis, gesteuert werden.“

Gegenwärtig wohnt aber die bei weitem größte Zahl aller Menschen in unzureichenden, überfüllten und ungesunden Wohnungen. Als Teilnehmer von Wohnungsuntersuchen hatte Professor Bernicke die Gelegenheit, die elendesten Wohnungsverhältnisse zu beobachten. Der Verfasser sagt: „Wenn man solches Wohnungselend und solche Wohnungsnot gesehen hat, dann wundert man sich nicht mehr darüber, daß Krankheiten aller Art in schlechten Wohnungen sich so häufig finden, daß der Alkoholismus, die Syphilis, die Tuberkulose in solchen Wohnungen am stärksten, daß das sittliche Niveau der Bewohner meist auf einer niedrigen Stufe steht, sondern man wundert sich vielmehr, daß es Menschen überhaupt möglich ist, in solchen Wohnungen zu leben und noch Arbeit zu leisten.“ Tatsächlich ist die Wohnung für zahllose Menschen in allen Ländern der Welt nicht ein Hort der Gesundheit, sondern eine Ursache von Krankheiten.

Eine besonders häufige Ursache für eine ungesunde Beschaffenheit der Wohnung stellt die Feuchtigkeit dar. Die Ursachen der Feuchtigkeit sind mannigfaltig. Die Wohnungsnässe entsteht häufig dadurch, daß die

Fundamente und untern Gebäudeteile gegen die Bodenfeuchtigkeit nicht genügend geschützt sind, daß ungeeignetes Baumaterial verwendet wird, sowie durch Mängel in der Benutzung und Unterhaltung des Hauses, wie z. B. undichte Dächer, defekte Regenröhren, Wasserleitungsröhren usw.

Wohnungsfeuchtigkeit entsteht auch, wenn in den Wohnräumen gekocht, gewaschen, geputzt wird, ohne daß für einen hinreichenden Abzug des Wasserdampfes gesorgt ist. Die Feuchtigkeit in geringem Grade macht sich bemerkbar durch nasse Flecken an Wänden und Decken, in höherem Grade werden die Wände weißlich naß. Auf der Tapete tritt Schimmel auf, der Fuß fällt von der Wand ab. Die Holzdielen verfaulen, der Fußboden verunreinigt sich durch Gerüche. Die Betten, ebenso die Kleider werden feucht und langen an zu schimmeln; eiserne Gegenstände werden roßig usw. Die Luft in solcher Wohnung ist dunn und feucht. Die Wohnungsfeuchtigkeit wirkt auf den Körper wärmeentziehend und führt zu Erkältungen. Die Erkältung bildet vielfach die Grundlage für Erkrankungen: Muskels- und Gelenkerkrankungen, Neuralgien, Katarakte der Atmungsorgane. Bei Bewohnern von feuchten Wohnungen sind häufig Blutarum, Neigung zu Kopfschmerzen, Appetitlosigkeit, gedunnenes Aussehen, blaße Gesichtsfarbe zu beobachten. Bestehende Leiden werden durch die feuchte Wohnung meist verschlimmert.

Die Wohnungsnässe vereinigt sich meistens in den Wohnungen der ärmern Bevölkerung mit einem Mangel an Luft und Licht und sonstigen hygienischen Schädlichkeiten, welche die Beheizung, Beleuchtung, Wasserleitung und Entferrnung der Abfallstoffe betreffen. Derartige Wohnungsverhältnisse fordern bei jeder Epidemie die meisten Opfer.

Einen sehr schädlichen Einfluß üben auf die Gesundheit der Bewohner auch die meisten Kellerwohnungen aus. Die Schädlichkeit der Kellerwohnungen beruht auf Mangel an Licht und Ventilation, auf dem Zutreten der Bodengase zu ihnen, namentlich der Kohlendunst, und auf dem hohen Feuchtigkeitsgehalt der Wände.

Auch durch ungewöhnliche Heizrichtungen können für die Bewohner mancherlei gesundheitsschädliche Gefahren entstehen. Die Krankheitserscheinungen, die die Einatmung schon geringer Mengen von Kohlendunst erzeugen, bestehen in Kopfschmerz, Schwindel, Schläfrigkeit, Mattigkeit und Müdigkeit. Der Verfasser äußert sich folgendermaßen: „Auch die kleinen Mengen von Kohlendunst in der Luft der Proletarierwohnungen, die insofern der meist mangelhaften Heiz- und Kochanlagen sich in der Wohnungsluft häufen finden, dürften mit Unrecht für die Blutarum, Schweißheit, für blaßes Aussehen und Körperkrächte, die wir so oft bei den Menschen in schlechten Wohnungen feststellen.“

Die Beschaffenheit der Wohnungsluft ist für die Erhaltung der Gesundheit von größter Bedeutung. Häufig wird die Stubenluft durch Staub, Dämpfe, künstliche Beleuchtung, durch Menschenüberfüllung erheblich verschlechtert. Während der Luftzufuhr im Freien und in frischer Luft die Haut und den Körper stärkt, bedingt der langandauernde Aufenthalt in den Wohnräumen, besonders in schlechten, wie z. B. die der Heimarbeiter, Erschlaffung der Haut, Körperkrächte usw. Dabei stellen sich Appetitlosigkeit, Ernährungsstörungen ein, die eine Abnahme der natürlichen Widerstandsfähigkeit gegen Erkrankungen verursachen.

Alle künstlichen Beleuchtungsrichtungen, die durch Verbrennungsprozesse Licht produzieren, erzeugen zugleich viele Verbrennungsprodukte, zu denen Kohlenäure, Wasserdampf, unverbrannte Dämpfe und Gase der Leuchtstoffe, Schwefelsäure, Salpetersäure usw. zählen; alles dies verschlechtert die Wohnungsluft. Ebenso wirken Unsauberkeit und mangelhafte Lüftung der Wohnung.

Es ist mit Sicherheit festgestellt, daß überfüllte Wohnungen eine erhöhte Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffer aufweisen. Denn es ist klar: Je mehr Menschen in einer Wohnung, in einem Raume zusammengedrängt sind, desto größer die Ansteckungsgefahr und die Ausbreitung der Krankheiten.

Eine besondere Aufmerksamkeit verdient die Frage des Einflusses ungesunder und überfüllter Wohnungen auf die Ausbreitung der gefährlichsten Volkskrankheit, der Tuberkulose. Die überfüllten Wohnungen sind wahre Brutstätten der Tuberkulose; sie haben meist nur Schlafräume, in denen zugleich gewohnt und auch mitunter dauernd gearbeitet wird. Der kranke Mensch bringt den Ansteckungsstoff an Tuberkulose in die Wohnung hinein und überträgt ihn dort auf seine Wohnungs- und Hausgenossen, was in den einzelnen Wohnungen durch das enge Zusammenwohnen, durch die Unsauberkeit wie durch den Mangel an Sonnenlicht überaus begünstigt wird. Die Sommersterblichkeit der Säuglinge ist auch als Wohnungskrankheit zu betrachten. Es ist bewiesen worden, daß die schlechte Ventilation und die hierdurch bedingte mangelhafte Abkühlung der Wohnungen die Ursache der starken Erhöhung der Säuglingssterblichkeit in einzelnen Städten während des Sommers ist.

Auch den Alkoholismus könnte man in gewissem Sinn als eine Folge der schlechten Wohnungen bezeichnen, da es das Wohnungselend ist, das die Menschen oftmals in die Kneipe treibt.

Mit vollem Rechte weist der Verfasser zum Schluß darauf hin, daß die Lösung des Wohnungsproblems eine dringliche soziale Forderung der Gegenwart ist, da es sich um die Gesundheit der breiten Massen des Volkes handelt. Er sagt: „Es ist nicht mehr erträglich, daß die Mieten für schlechte und ungesunde Wohnungen nicht nur mit außerordentlich hohen Preisen, sondern auch mit der Gesundheit und dem Leben der Mieter bezahlt werden.“

Dr. med. F. R.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Dortmund.** Unser Ortsverein gewährt den Frauen und Kindern seiner im Felde stehenden Mitglieder eine finanzielle Beihilfe.

**Sagen i. W.** Dem Vorbild anderer örtlicher Vereinigungen folgend, bringt auch unser Ortsverein an die Ehefrauen und Kinder der zu den Fahren gerufenen Mitglieder entsprechende Zuwendungen zur Auszahlung.

**Köln.** Den Ehefrauen der zum Meer einberufenen Mitglieder unseres Ortsvereins wird eine ansehnliche Beihilfe gezahlt werden, desgleichen für jedes Kind unter 14 Jahren.

**Gau Rheinland-Westfalen.** In der am 30. August in Köln tagenden Bezirksvorsteherkonferenz des Gaues Rheinland-Westfalen erkrankten die Kollegen Albrecht und Bertram Bericht über die am 24. und 25. August in Berlin abgehaltene Gauvorsteherkonferenz. Während Kollege Albrecht über die durch den Krieg geschaffene Lage des Verbandes referierte, behandelte Kollege Bertram die Fragen allgemeiner Natur, mit denen sich die Gauvorsteherkonferenz des weiteren zu beschäftigen hatte. An die Referate schloß sich eine lebhafte Aussprache an, in der von den Bezirksvorstehern die Notwendigkeit der von der Gauvorsteherkonferenz gefassten Beschlüsse anerkannt wurde, um über die ungeheuren Schwierigkeiten hinwegzukommen und die Organisation nicht nur während des Krieges, sondern auch darüber hinaus intakt zu halten und den aus dem Felde heimkehrenden Tausenden von Verbandskollegen einen Rückhalt zu gewähren. Verschiedene Vorkommnisse auch in unserm Gau zeigten leider, daß von einzelnen Kollegen den gegenwärtigen Verhältnissen nicht das notwendige Verständnis entgegengebracht wird und eine entsprechende gewerkschaftliche Erziehungsarbeit hier dringend notwendig ist. Nach Erledigung einer Reihe interner Angelegenheiten schloß Kollege Albrecht die Konferenz mit einem warmen Appell an die Bezirksvorsteher, dahin zu wirken, daß das Verständnis für die großen Schwierigkeiten, in denen das Gewerbe und unsere Organisation sich befinden, gefördert und die Kollegenschaft in dieser schweren Zeit wahre Kollegialität üben und der Organisation die Treue bewahren möge, damit diese ihre Aufgaben auch unter den so außerordentlich schwierigen Verhältnissen erfüllen könne.

## □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Vorbildliche Unternehmer!** In Alfersleben gewährt die Buchdruckerei S. C. Besehorn den Frauen ihrer zur Fabne einberufenen Geschäftsangehörigen monatlich 6 Mk. und für jedes Kind 2 Mk. und hält auch deren Familienversicherung bei der Betriebskrankenkasse aufrecht. Ferner erhalten die wegen Arbeitsmangel aussehenden lebigen und im Verbands nichtbezugsberechtigten Beihilfen von der Firma wöchentlich 5—8 Mk. und die in der niedrigsten Staffel Bezugsberechtigten wöchentlich 2 Mk. Unterfütigung; außerdem bezahlt die Firma für die aussehenden Beihilfen den Krankenkassenbeitrag für die niedrigste Klasse. Ebenfalls gewährt die Buchdruckerei Gebr. Volkhardt der Familie des einberufenen Kollegen wöchentlich 6 Mk. Unterfütigung. — In Bamberg zahlt der Verlag der „Bamberger Neuesten Nachrichten“ den Familien der zum Kriegsdienst einberufenen Geschäftsangehörigen für die Dauer des Krieges wöchentlich 5 Mk. — In Brandenburg a. S. gewährt die Buchdruckerei O. Sidow & Co. („Brandenburger Zeitung“) den Frauen ihrer zum Heeresdienst einberufenen Geschäftsangehörigen eine wöchentliche Beihilfe von 9 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. — In Dömitz (Elbe) zahlt die Buchdruckerei Edmund Mattig den Familien ihrer im Felde stehenden Geschäftsangehörigen 5 Mk. wöchentlich. — In Freienwalde a. O. gewährt die Buchdruckerei C. Hesse den Familien ihrer zur Fabne einberufenen Arbeiter eine wöchentliche Unterfütigung von 6 Mk. für die Dauer des Krieges. — Lauf Bericht im „Gießener Anzeiger“ zahlt auch die Brilische Unterversehrungsdruckerei in Gießen den Familien ihrer zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter bis auf weiteres eine entsprechende Beihilfe. — In Kallerslautern zahlt die Buchdruckerei Emil Rohr den Frauen ihrer ins Feld gezogenen Arbeiter täglich 1 Mk. und für jedes Kind 30 Pf. täglich. — In Kassel gewährt die Buchdruckerei J. G. Daniels Nachf. den Familien ihrer zur Fabne berufenen Angestellten die Hälfte des Gehaltes oder Lohnes weiter. — In Köln gewährt die Buchdruckerei Gressen & Bechtold jedem ihrer zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter einen Wochenlohn; ferner erhalten deren Frauen wöchentlich 3 Mk. und für jedes Kind 2 Mk. Außerdem zahlt die Firma jedem aussehenden Beihilfen wöchentlich 5 Mk. — In Mannheim hat die Hofbuchdruckerei Max Sabn & Co. („Mannheimer Tageblatt“) zur Steuerung des für ihre Geschäftsangehörigen durch den Krieg erwachsenen Notstandes bis auf weiteres folgendes festgesetzt: Das Personal nach allen Kräftefrüherzahlungen; ferner erhält von dem technischen Personal jeder Einberufene den Lohn für die ganze Woche, in der er eingezogen wird, und eine Ehrengabe von 10 Mk. Die Ehefrauen der einberufenen Beihilfen erhalten außerdem 10 Mk. pro Woche für sich und 2 Mk. pro Woche für jedes Kind bis zu 14 Jahren bis zum Gesamtbehaltsbetrag von 20 Mk. Von den Redakteuren und Bureauangestellten erhält jeder Einberufene das entsprechende Gehalt sowie eine Ehrengabe von 50 Mk. Die Ehefrauen erhalten jeweils ein Drittel des Gehaltes für sich, deren Kinder ebenfalls bis zu einem weiteren

Drittel des Gehaltes des Einberufenen. Die Bestimmung ist rückwirkend bis auf die Erklärung des Kriegszustandes. — In Stuttgart gewährt die Buchdruckerei der „Württembergischen Zeitung“ den Frauen ihrer zum Kriegsdienst eingezogenen Gehilfen vorläufig bis Ende September wöchentlich 7 Mk. und für jedes Kind 1 Mk.

**Verlen und Willen von Buchdruckern im Kriege.** Unter dieser Stichmarke wollen wir versuchen, bis auf weiteres bemerkenswerte Vorkommnisse erster und heftiger Art, die mit dem gegenwärtigen Krieg und mit Buchdruckern oder dem Buchgewerbe in einigermaßen klarer Verbindung stehen, in hübscher Form festzuhalten. Selbstverständlich werden wir dabei nur solche Sachen berücksichtigen, die uns in zuverlässiger und kontrollierbarer Weise berichtet werden und entweder allgemeine Bedeutung oder eine gewisse Originalität besitzen. — Den Reigen soll ein Auszug aus einem Briefe des Seherkollegen Jakob Schmitt eröffnen, der bis zu seiner Einberufung in der „Norddeutschen Volkstimme“ in Bremerhaven tätig war und nun bei einem Ausfalle der Belgier und Engländer aus Antwerpen schwer verwundet wurde, trotzdem aber nicht den Mut sinken ließ, wie folgende Zeilen beweisen: „... Wir hatten am 25., 26. und 27. August eine furchterliche Schlacht etwa 30 Kilometer vor Antwerpen mit einem dreifach stärkeren Gegner siegreich geschlagen. Leider habe ich am dritten Tag auch eine zünftige Portion abgekriegt: zwei Schüsse in linke Schulter, davon einer durch die Lunge (ist aber nicht lebensgefährlich), drei in die rechte Schulter, davon hat mir ein Schuß das rechte Schlüsselbein zerföppert; sonst aber alles in Butter. Ich kann Dir sagen, das war ein Kampf, da regnete es Kugeln und Granaten! Bis zum dritten Schusse habe ich noch mitgeschossen, denn wir mußten, wir waren zu schwach, und mußten warfen, bis unsre Artillerie ansah und dann Luft machte. In Marich-Marich haben wir die Engländer nach Antwerpen zurückgejagt. Wir hatten viele Verluste, diese aber das dreifache. Ich könnte Dir einen ganzen Roman schreiben von diesen belgischen feigen Nordduben. Dafür steht auch in Belgien fast kein Stein mehr auf dem andern. Wir haben ihnen einen Denkmahl gegeben. Das Lazarett hier ist furchtlich eingerichtet und wird von der Farbenfabrik Bayer & Co. gefüllt und unterhalten. Verpflegung und Behandlung einfach großartig. Der Arm will nicht mehr; ich muß aufhören. Nur Mut und alles wird wieder gut. Sa idä mol en Lüttiken! Jakob.“ — Der jüngste deutsche Soldat dürfte der Sohn eines Buchdruckereibehlers aus Mannheim sein, und zwar der am 15. Juli 1899 geborene Joseph Steinhardt, dem der Vater erst nach wohlbegreiflichem anfänglichen Widerstreben die Erlaubnis gegeben hat, als Freiwilliger mit in den Krieg zu gehen. — Durch eine der ersten Bomben, die deutsche Flieger aus der Luft in die französische Hauptstadt warfen, soll auch eine größere Pariser Buchdruckerei stark beschädigt worden sein.

**Konkurs.** Über das Vermögen des Buchdruckereibehlers Ernst Ludwig in Eschershausen wurde am 26. August das Konkursverfahren eröffnet.

**Kriegsgefahr und „Volkssfürsorge“.** Als Ergänzung zum kurzen Artikel in Nr. 99 des „Korr.“, worin über Verwaltungsangelegenheiten der „Volkssfürsorge“ während der jetzigen Kriegszeit Aufschluß gegeben wird, soll nachfolgend auch über das Verhältnis der am Kriege beteiligten Versicherter zur „Volkssfürsorge“ Klarheit geschaffen werden. Während andre Volksversicherungsgesellschaften ihre Verpflichtungen bei Kriegsgefahr ihren Versicherern gegenüber ganz vernekt und dazu noch ganz unklar in ihren Versicherungsbedingungen untergebracht haben, fragt der bei der „Volkssfürsorge“ hier in Betracht kommende § 9 bei den Kapitalversicherungen und der § 17 bei der Sparversicherung die Überschrift „Kriegsgefahr“ und besagt folgendes: „§ 9. Kriegsgefahr. Eine Haftung für Kriegsgefahr wird vorbehaltlich nachstehender Bestimmungen nicht übernommen. Für Versicherte, welche an einem Krieg in irgendwelcher Art teilnehmen, gilt folgendes: 1. Hat das Versicherungsverhältnis am Tage des Beginns der Feindseligkeiten noch nicht sechs Monate bestanden, so werden bei Eintritt eines Schadenfalles die eingezahlten Prämien zurückerstattet. 2. Hat das Versicherungsverhältnis am Tage des Beginns der Feindseligkeiten mindestens sechs Monate bestanden, so wird bei Eintritt eines Schadenfalles zunächst die geschätzte planmäßige Prämienreserve ausgezahlt. Der nach Abzug der Prämienreserve verbleibende Teil der Versicherungssumme wird aus dem nach dem letzten Ab-

satz zu bildenden Kriegsreferendums gedeckt. Reicht dieser zur vollen Deckung nicht aus, so wird die zu zahlende Summe im Verhältnis des Kriegsreferendums zu ihr herabgesetzt. Die Auszahlung erfolgt drei Monate nach Friedensschluß. Als Kriegsschaden gilt der Tod während des Krieges oder binnen zwei Monaten nach Friedensschluß infolge einer während der Kriegsdienstleistung erlittenen Verletzung, Verunglückung oder Erkrankung. Den Verstorbenen werden diejenigen Versicherer gleichgestellt, welche nachweislich drei Monate nach Friedensschluß als „Vermittler“ in den amtlichen Listen aufgeführt werden. Der Kriegsreferendums wird durch alljährliche Überweisung von mindestens 5 und höchstens 10 Proz. vom Reingewinne des Gesamtgeschäftes gebildet.“ Diese Bestimmungen wird der Vorstand der „Volkssfürsorge“ in rücksichtsvoller Weise zur Ausführung bringen. Und es ist nur das eine zu bewahren, daß nach so kurzer Zeit des Bestandes der Gesellschaft das Unglück des Krieges über unser Volk hereinbrach und dem Kriegsreferendums erst einmal die fahungsgemäßen 5 Proz. des Uberschusses des Jahres 1913 im Betrage von 3303,31 Mk. zugeführt werden konnten. Die Angehörigen gefallener oder vermittelter Versicherter der „Volkssfürsorge“ müssen den Verlust alsbald nach Kenntnisaufnahme bei der Rechnungsstelle oder der Hauptverwaltung in Hamburg anmelden und dürfen sicher sein, daß alles gechehen wird, um ihnen das nach den Bedingungen zustehende zuzuführen. Die unter sechs Monate der Gesellschaft Angehörigen erhalten ihre sämtlichen geleisteten Prämien ohne jeden Abzug zurück. Diejenigen, die länger als sechs Monate versichert waren, erhalten neben der ihnen zustehenden Prämienreserve den ihnen zukommenden Teil aus dem Kriegsreferendums. Wenn nach Abschluß des Krieges eine Übersicht über die Verbeeren, die er angerichtet hat, möglich ist, wird es eine ernste Sorge und gern zu erfüllende Pflicht sein, alles zu tun, um diesen Betrag für die Hinterbliebenen nach Möglichkeit zu steigern.

**Städtische Kriegsunterstützung für die Arbeitslosen in Frankfurt a. M.** Da in Frankfurt a. M. die Zahl der durch den Krieg arbeitslos gewordenen Personen außerordentlich hoch ist, hat die Stadtverwaltung in vorbildlicher Weise eine Unterstützung aus städtischen Mitteln für die Arbeitslosen beschlossen. Diese Unterstützung wird nach folgenden Grundätzen gewährt: Sie kann an alle selbständigen Gewerbetätigen gezahlt werden, die durch den Kriegszustand arbeitslos geworden sind. Der Arbeitslose muß seit einem Jahr ununterbrochen in Frankfurt a. M. gewohnt haben, er darf keine laufende Armenunterstützung beziehen und nicht bloßer Gelegenheitsarbeiter sein oder einem solchen Gewerbe angehören, daß ihm die Verrichtung von Arbeiten zugemutet werden kann, die der Magistrat als Nothstandsarbeiten eingerichtet hat. Für die ersten sechs Tage der Arbeitslosigkeit findet eine Unterstützung nicht statt. Die Unterstützung beträgt 70 Pf. täglich für ledige und 1 Mk. für verheiratete Arbeitslose. Sie kann für jedes von dem Arbeitslosen verlorne Kind unter 16 Jahren um 15 Pf. bis zum Betrage von 1,60 Mk. heraufgesetzt werden. Hat der Arbeitslose noch ein Einkommen aus anderer Quelle, so soll in der Regel die Unterstützung nur soweit zur Auszahlung kommen, daß das Gesamteinkommen bei Unverheirateten 2 Mk. täglich, bei Verheirateten ohne Kinder 2,40 Mk. und für jedes Kind weitere 15 Pf. nicht übersteigt. Ist jedoch in dem Gesamteinkommen des Arbeitslosen eine Unterstützung durch einen Berufsverein (Gewerkschaft) enthalten, so soll über die obengenannten Höchsthöhe hinaus noch die Hälfte des Betrages zu Auszahlung kommen, um welchen bei voller Auszahlung der städtischen Unterstützung diese Höchsthöhe überschritten würden, jedoch in keinem Falle mehr als 3,40 Mk. für den Tag. Diese letzteren Bestimmungen sind eine Konzession an die organisierten Arbeiter. Sonn- und Feiertage gelten als Wochentage. Zu der städtischen Unterstützung können die Arbeitslosen noch bei der privaten Kriegsunterstützung einen Zuschuß beantragen. Dieser richtet sich nach den vom Armenamt aufgestellten Sätzen für das Existenzminimum. Die städtische Unterstützung erreicht ja dieses Existenzminimum für eine alleinlebende Person monatlich 32 Mk., für ein Ehepaar 44 Mk.) nicht, die Kriegsunterstützung kann die Differenz bewilligen. Die erst im vorigen Monat beschlossene Arbeitslosenversicherung in Frankfurt a. M., die mit dem 1. Juli 1914 in Kraft treten und am 1. Januar mit dem Auszahlungen beginnen sollte, ist in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse verschoben worden. Beachtenswert ist ferner, daß diese städtische Unterstützung für die organisierten

Arbeiter durch ihre Organisationen ausgesetzt wird, nicht mit der Stadtkasse verrechnet wird.

**Städtische Sozialpolitik und Krankenversicherung.** Der Magistrat von Regensburg hat den Beschluß gefaßt, die Krankenkassenbeiträge für alle in der Stadt Regensburg eingezogenen Mannschaften aus städtischen Mitteln weiter zu bezahlen, um den Beiträgern ihre Mitgliedschaft bei der Kasse zu erhalten. Diese Maßnahme verdient allenfalls eine Nachahmung.

**Falsche Nahrungsmittelverwendung.** Nach dem „Staatsfischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ wurden im Jahre 1912 zur Schnapsbereitung folgende Nahrungsmittel verwendet: 2730000 Tonnen Kartoffeln (a 20 Zentner), 366000 Tonnen Getreide und mehliges Stoffe, 407000 Hektoliter Kermesöl (Apfel, Birnen usw.), 224000 Hektoliter Steinerzeug (Kirschen, Pflaumen usw.). Aber die für die Bierzeugung erforderlichen Nahrungsmittel macht das „Staatsfische Jahrbuch“ für Brauer und Brauereiernteressen für 1914 folgende Angaben: Es wurden im Jahre 1912 verbraucht: 15755000 Doppelzentner Gerste im Werte von 315000000 Mk. (davon deutsche Gerste 13048000 Doppelzentner im Werte von 260970000 Mk.), 120000 Doppelzentner Weizen, 161000 Doppelzentner Zucker. Das sind Zahlen, die angesichts der zwingenden Notwendigkeit, die Ernährung des deutschen Volkes während des Weltkrieges sicherzustellen, allgemeine Bedeutung haben.

## Opfer des Krieges wurden:

**Im August:**  
Aus Braunschweig: Paul Wollstein (S.).  
Aus Burgörner-Neudorf bei Heistfeld: Thomas Kaulzack.  
Aus Eilenburg: Franz Wendler.  
Aus Frankfurt a. M.: Karl Körber (S.).  
Aus Nürnberg: Christian Mener (S.).  
Aus Scheuditz: Otto Märzliche (S.).  
(S. = Seher, Dr. = Drucker, G. = Sieher, P. = Prinzipal)

**Briefkasten.**  
An verschiedene: Wir können absolut nichts daran ändern, daß der „Korr.“ verspätet eintrifft. Von uns ist erfolgt die Aufklärung immer vorchriftsmäßig. Es ist eine irige Ansicht, durch die Einlegung einiger Schnellzüge, die zudem zeitweilig wieder aufgehoben werden, hätte sich in den Verkehrsverhältnissen in nennenswerter Weise etwas geändert. Die Redaktion erhält selbst die aus kurzer Entfernung kommenden Zeitungen ja auch mit zum Teil recht erheblicher Verspätung. — Nach Frankfurt a. D.: Ist denn diese Vereinbarung dem Tarifamte vorgelegt worden? Wir bezweifeln es. Empfehlen Sie nachzuziehen, dann wird in der von Ihnen hervorgehobenen Beziehung am ehesten Änderung eintreten. — U. R. in Berlin: Unterbreiten Sie, bitte, die Angelegenheit dem Tarifamte der Deutschen Buchdrucker, Friedrichstraße 239, W. S. in Karlsruhe: 2,45 Mk.

## Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II. Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 191.

**Breslau.** An die hiesige Verwaltung eingehandt, aber noch nicht abgefordert wurde das Buch des Sehers Richard Juchel aus Guben (Hauptbuchnummer 43890).

**Adressenveränderungen.**  
Kaiserslautern. Infolge Einberufung des Vorsitzenden befragt die Geschäfte bis auf weiteres Kollege Georg Fröhlinger, Trippstädter Straße 46.

**Arbeitslosenunterstützung.**  
Landshut (Bayern). Reisekassenverwalter (bis auf weiteres): L. Meindl, Papiererstraße 2. Die Auszahlung erfolgt von 5<sup>1/2</sup> bis 6 Uhr, Sonntags von 3 bis 4 Uhr.

**Berammungskalender.**  
Wittenberg. Berammung Sonnabend, den 12. September, im Vereinslokale, Kurfürststraße 15.

Eine im Betriebe befindliche  
**Buchdruckerei mit Blattverlag**  
Kraftbetrieb, gutem Schriftmaterial, Sehs-, Doppel- und Siegedruckmaschine usw., zwei schönen geräumigen Konforäumen im Wohnhaus, ist zum Preise von 45000 Mk. zu verkaufen. Die am Sitze des Landrats in einer Kreisstadt von 14000 Einwohnern belegene Druckerlei beschäftigt zurzeit zwölf Personen. Der Ort hat gute Industrie und eine reiche Umgebung. Reflektanten wollen ihre Adresse an die Geschäftsstelle d. Bl. unter E. K. 253 einfinden.

**Graphische Vereinigung Dresden**  
Freitag, den 11. September, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Vereinslokale, Kaufbachstraße 23:  
**Berammung**  
Die Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen, um von wichtigen Angelegenheiten unterrichtet zu sein. Die „T. M.“ werden ausgegeben. [254]  
Zeilenmaß mit sämtlichen Einstellungen 20 W. G. Fritz, Frankfurt am Main 3.

**Altschneebelegungen** Halbrundungszirkel, Roulets, Wunzen, Lupen, Stichel, Zirkelmesser usw., empfl. Kollege M. Voigt, Leipzig-Eißitz, Papiermühlstr. 5, Preisl. gr.  
Am 30. August erkrankt beim Baden unser lieber Kollege, der Seherstereotypur  
**Joseph Bennemann** [259]  
aus Recklinghausen.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Bochum.

Am 30. August verschied infolge Unfallschalles beim Baden unser wertes Mitglied, der Seherstereotypur  
**Joseph Bennemann** [256]  
im 21. Lebensjahre. Wir betrauern seinen so frühen Heimgang und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Ortsverein Recklinghausen.

Am 1. September verschied beim Militär an den Folgen einer Blinddarmpoperation im hiesigen Krankenhaus unser lieber Kollege, der Maschinenleger [255]  
**Friedrich Sawalde**  
aus Angersbrunn (Märktg.), im Alter von 36 Jahren. Sein bleibender und ehrenvoller Charakter sichern ihm allezeit ein dauerndes Andenken.  
Der Ortsverein Karlsruhe.

Infolge Gehirnchlags wurde uns am 1. September unser lieber Kollege, der Seher [253]  
**Karl Brämer**  
aus Magdeburg, im 44. Lebensjahre durch den Tod entzogen.  
Seiner wird stets ehrend gedankt  
Der Ortsverein Magdeburg.

Am 1. September verstarb plötzlich und unerwartet unser lieber Angehöriger, der Seher [253]  
**Karl Brämer**  
aus Magdeburg, im 44. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken!  
Graphischer Ortsverein Magdeburg.  
Der Maschinenmeister C. Körner, Lübeck wird ersucht, sich sofort mit Unterzeichnetem in Verbindung zu setzen. H. Kaufmann, Rosenhagen.